

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 2402

der Abgeordneten Steffen John (AfD-Fraktion) und Marianne Spring-Räumschüssel (AfD-Fraktion)

Drucksache 7/6511

Übersiedlung von Betrieben in die Vereinigten Staaten

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Energie die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkungen der Fragesteller: In der Phoenix-Runde vom 12. Oktober 2022 teilte die SPD-Bundestagsabgeordnete Verena Hubertz mit, dass die Abwanderung von energieintensiven Betrieben in Richtung USA in vollem Gange sei. Die USA bewerbe die Abwanderung mit Versorgungssicherheit und niedrigen Energiekosten.

Frage 1: Wie viele Unternehmen in welchen Branchen planen eine Abwanderung oder sind schon dabei, den Standort Brandenburg aus welchen Gründen zu verlassen?

zu Frage 1: Hierzu liegen der Landesregierung keine Informationen vor.

Frage 2: Wie stellt sich die Abwerbestrategie der USA gegenüber Deutschland/Brandenburg dar, wie ist sie gegenüber anderen Ländern einerseits und fachlich von den Re-Industrialisierungsbestrebungen der Vereinigten Staaten andererseits abzugrenzen?

zu Frage 2: Zu etwaigen Abwerbestrategien der USA liegen der Landesregierung keine Informationen vor.

Frage 3: Welche Gegenmaßnahmen stellt die Landesregierung in Aussicht, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen hinsichtlich der hohen Energiepreise zu wahren, und werden dabei in welchen Punkten vom Kurs des Bundeswirtschaftsministeriums abweichend oder ergänzende Lösungen präferiert?

zu Frage 3: Über die Maßnahmen des Bundes hinaus soll auf Vorschlag der Länder eine gesonderte Vereinbarung zur Ausgestaltung und Umsetzung einer Härtefallregelung für kleine und mittlere Unternehmen, die trotz Strom- und Gaspreisbremse mit besonders stark gestiegenen Strom- und Gaspreisteigerungen konfrontiert sind, getroffen werden. Die Konferenz der Wirtschaftsministerinnen und Wirtschaftsminister der Länder wird hierzu bis zum 1. Dezember 2022 einen Vorschlag vorlegen.